

Aufarbeitung der NS-Zeit: Finanzbehörden im Fokus der Forschung

Forschungsprojekt an der Uni Flensburg untersucht die Rolle der Finanzbehörden im Nationalsozialismus, gestartet im April 2025.



Flensburg, Deutschland - Im April 2025 wurde ein Forschungsprojekt an der Europa-Universität Flensburg initiiert, das sich mit der Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden im Nationalsozialismus auseinandersetzt. Ziel des Projektes ist es, die Strukturen, Abläufe und Verantwortlichkeiten dieser Behörden während des NS-Regimes zu untersuchen. Die Forschung konzentriert sich insbesondere auf das Schicksal von Jüdinnen und Juden, Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma, die während dieser Zeit Entrechtung, Ausbeutung und Deportation erlitten haben. Das Projekt wird vom schleswig-holsteinischen Finanzministerium in Auftrag gegeben und geleitet von Prof. Dr. Marc Buggeln, ergänzt durch Dr. Hanno Balz, der nach einer Professur an der Universität

Cambridge zurückgekehrt ist.

Eine der zentralen Fragestellungen der Untersuchung bezieht sich auf das Handeln der Finanzbehörden in der Nachkriegszeit, insbesondere im Kontext der Entschädigungs- und Wiedergutmachungsverfahren. Hierbei werden auch die Akten zu diesen Verfahren herangezogen, um die Handlungs- und Ermessensspielräume der Behörden zu analysieren. Besonderes Augenmerk liegt auf den Biografien von Tätern und Opfern sowie den Motivationen von Finanzbeamten, die möglicherweise in Raub und andere Verbrechen verwickelt waren.

Begleitung und Unterstützung durch Denkanstöße

Ein begleitender Beirat aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft soll das Projekt unterstützen und diverse Perspektiven einbringen. Die Ergebnisse der umfassenden Untersuchung werden voraussichtlich im Herbst 2025 in Form eines schriftlichen Forschungsberichts veröffentlicht, der dazu beitragen soll, das Verständnis über die historischen Abläufe und die Rolle der Finanzbehörden im Nationalsozialismus zu vertiefen. Für weitere Informationen können Bürger und Interessierte auf die entsprechenden Forschungsressourcen zugreifen, die durch das **Bundestag** bereitgestellt werden.

Zusätzlich zur aktuellen Forschung hat das Bundesarchiv die Konzeption und Gestaltung des Themenportals „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ übernommen, welches seit Juli 2021 verfügbar ist. Dieses Portal wird in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg und anderen Institutionen weiterentwickelt. Es bietet einen thematischen Zugang zu über 550 Beständen aus staatlichen Archiven und ist darauf ausgelegt, das Dokumentenerbe zur Wiedergutmachung für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Eine erste Version des Portals wurde bereits im Juni 2022 freigeschaltet.

Zukunftsperspektiven für Forschung und Aufarbeitung

Das Portal ermöglicht eine Recherche in den vorhandenen Akten und bietet umfangreiche Informationen über Wiedergutmachungsprojekte, relevante Gesetze und eine Sammlung von Materialien. Zukünftige Ausbaupläne umfassen unter anderem die Einführung eines digitalen Lesesaals, in dem deutlich geschützte Unterlagen rechtskonform zugänglich gemacht werden sollen. Die bereitgestellten Angebote richten sich an Angehörige, Studierende und Wissenschaftler, die sich mit der komplexen Thematik auseinandersetzen möchten.

Bundestag und **Bundesarchiv** unterstützen aktiv, um notwendige Informationen zu Themen der Wiedergutmachung und der Aufarbeitung von Unrecht zur Verfügung zu stellen. Das Engagement aller beteiligten Institutionen unterstreicht die Relevanz und Notwendigkeit, die Geschichte im Kontext des Nationalsozialismus und seiner Folgen allgemein zu erkunden und aufzuarbeiten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Flensburg, Deutschland
Quellen	• www.uni-flensburg.de • www.bundestag.de • www.bundesarchiv.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de